Das Reichsarbeitsministerium als globales Propaganda- und Herrschaftsinstrument

Veranstalter: Sandrine Kott / Kiran Klaus Patel, Unabhängige Historikerkommission zur Aufarbeitung der Geschichte des Reichsarbeitsministeriums in der Zeit des Nationalsozialismus, Berlin

Datum, Ort: 17.03.2016, Berlin

Bericht von: Oliver Gaida, Institut für Geschichte, Humboldt-Universität zu Berlin

Die dritte Tagung der unabhängigen Historikerkommission zur Aufarbeitung der Geschichte des Reichsarbeitsministeriums widmete sich der internationalen Rolle des Ministeriums und seiner sozialpolitischen Konzepte. Sie knüpfte an die beiden vorangegangenen Tagungen an: Die erste trug den Titel „Kontinuitäten und Diskontinuitäten der deutschen Sozialpolitik bis 1945“¹ und die zweite „Regimenting Unfree Labour in Europe During the Second World War“.² Sie alle beschäftigten sich auf unterschiedliche Weise mit der Ordnungskategorie Arbeit im 20. Jahrhundert.

Die vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales eingesetzte unabhängige Historikerkommission³ bot mit ihrer halbtägigen Tagung Teilbereichen des größeren Projekts einen Rahmen, um ihre Ergebnisse vorzustellen. Die dafür ausgewählten Beispiele reichten über die Zeit der nationalsozialistischen Herrschaft und den europäischen Raum hinaus. Sie standen alle unter der Frage: Wie weit fungierte das Reichsarbeitsministerium und dessen Sozialpolitik als globales Instrument für Propaganda und Herrschaft?

Die Propaganda, Rezeption und Rolle der deutschen Sozialpolitik wurde bisher meistens national betrachtet; es mangelte an einem transnationalen Ansatz, der die globale Dimension berücksichtigt. Im ersten Tagungsabschnitt ging es zunächst um die internationale Rolle des Reichsarbeitsministeriums, an den sich zwei Fallbeispiele anschlossen: Belgien während der deutschen Besatzung sowie die Achsenmacht Japan. Das mit ULRIKE SCHULZ (Berlin) angekündigte dritte Beispiel Österreichs zwischen 1938 und 1940 musste krankheitsbedingt leider entfallen.

Zu Anfang der Tagung formulierte KIRAN KLAUS PATEL (Maastricht) zentrale Fragen zum Reichsarbeitsministerium als internationalem Aushängeschild der NS-Sozialpolitik. SANDRINE KOTT (Genf) griff diese auf und präsentierte in ihrem Teil ihres gemeinsamen Vortrags erste Zwischenergebnisse. Sie ging zuerst auf die Frage nach den Kontinuitäten der Internationalisierung der deutschen Sozialpolitik seit der Internationalen Arbeiterschutzkonferenz 1890 ein. Damit habe sich ein Betätigungsfeld für das spätere Reichsarbeitsministerium eröffnet, auf dem es bis 1933 der Hauptakteur blieb – insbesondere über die 1919 in Genf gegründete International Labour Organization (ILO). Über sie pflegten die Ministerialbeamten viele Kontakte und nutzten das Forum, um für ihre sozialpolitischen Konzepte zu werben.

Kiran Klaus Patel knüpfte an den Punkt zu den längeren Entwicklungslinien an, indem er fragte, wie sich der Nationalsozialismus auf die Stellung des Reichsarbeitsministeriums auswirkte. Zwar wurde die Selbstverwaltung der in der ILO zuvor präsenten Versicherungsträger abgeschafft, aber die Deutsche Arbeitsfront (DAF) samt Kraft durch Freude (KdF) kam als Konkurrent hinzu. Die DAF drängte darauf, auf internationaler Ebene ohne ILO zu agieren. Das Reichsarbeitsministerium nutze hingegen auch weiterhin seine Kontakte bei der ILO, aus der Deutschland im Herbst 1933 offiziell ausgetreten war.⁴ Im Jahr 1938 zerbrachen diese

¹ Tagungsbericht: Kontinuitäten und Diskontinuitäten der deutschen Sozialpolitik bis 1945, 11.12.2014 – 12.12.2014 Berlin, in: H-Soz-Kult, 30.03.2015, <http://www.hsozkult.de/conferencereport/id/tagungsberichte-5905> (25.10.2016).

² Tagungsbericht: Regimenting Unfree Labour in Europe During the Second World War / Die Ordnung unfreier Arbeit im Europa des Zweiten Weltkrieges, 03.12.2015 – 05.12.2015 Berlin, in: H-Soz-Kult, 18.01.2016, <http://www.hsozkult.de/conferencereport/id/tagungsberichte-6331> (25.10.2016).

³ Sandrine Kott, Unabhängige Historikerkommission zur Aufarbeitung der Geschichte des Reichsarbeitsministeriums in der Zeit des Nationalsozialismus, <http://www.historikerkommission-reichsarbeitsministerium.de> (18.3.2016).

⁴ Sandrine Kott: Das Reichsarbeitsministerium und die Internationale Arbeitsorganisation. Internationalisierung der Arbeits- und Sozialpolitik im Dritten Reich, <http://www.bmas.de/SharedDocs/Downloads/DE/Thema-Ministerium/PDF-Symposium-Geschichte->

Kontakte jedoch endgültig – stattdessen eröffnete der Krieg dem Reichsarbeitsministerium ganz neue Möglichkeiten. Damit hinterfragte Kott das weitverbreitete Bild eines kontinuierlich schwindenden Einflusses des Reichsministeriums. Sie führte stattdessen aus, wie das Ministerium in den besetzten Gebieten propagandistisch für einen „Braunen Internationalismus“ wirkte. Dessen Bemühungen reichten bis zu einer nationalsozialistischen Alternative zur ILO – begleitet von Maßnahmen wie der fünfsprachigen „Neuen Internationalen Rundschau der Arbeit“. Daraus leitete sie die Frage ab, inwieweit andere Gesellschaften deutsche Sozialpolitik wahrnahmen. Sandrine Kott machte deutlich, dass sich die Rezeption in anderen besetzten Ländern nicht generalisieren lässt, aber ältere Ideen des sozialstaatlichen „Deutschen Modells“ gegenüber alternativen (alliierten) Modellen dominierten.

Diesem einführenden Überblick folgten SABINE RUDISCHHAUSER (Brüssel) und KENNETH BERTRAM (Brüssel) mit der belgischen Perspektive. Sie nahmen sich den Ideen einer „Neuen sozialen Ordnung“ unter der Besatzungsherrschaft an, die als Propaganda stabilisierend für die Besatzung selbst gewesen sei. Beide stellten dabei den 1944 im Londoner Exil geschlossenen „pacte social“ der Anziehungskraft der NS-Versprechen gegenüber. Dabei machten sie eine stärkere Verbindung zur Nachkriegsordnung aus, als bisher angenommen.

Die neuen Ordnungsideen fielen in der belgischen Gesellschaft auf „fruchtbaren Boden“, so Rudischhauser, und wurden zu einer „nützlichen Ideologie“. Im Zentrum stand dabei das Konzept der „Betriebsgemeinschaft“. Darin sollte sich ein persönliches Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Belegschaft begründen. Sie diene so als Versprechen an die Arbeiter, kapitalistische Klassengegensätze zu überwinden. Mit einer Pressekampagne für die Sachverständigenausschüsse (1942), die nach der Abschaffung der Gewerkschaften (1940) und den „Treuändern der Arbeit“ (1941) in Belgien eingeführt wurden, versuchten die Besatzungsbehörden, für diese „neue soziale Ordnung“ zu mobilisieren. Die im gleichen Jahr beginnende Zwangsarbeit überschattete allerdings das positiv wahrgenom-

mene Bild der NS-Arbeitsverfassung.

Als weiteres sozialpolitisches Feld führten die Referentin und der Referent die gesetzliche Krankenversicherung an. Von ihrer Reform – konkret der Ersetzung der konfessionellen und parteiischen Kassen durch eine zentrale staatliche – erhofften sich die Besatzungsverwaltung einen Propagandaeffekt. Die Zentralkasse erschien aus belgischer Sichtweise als „deutsches Modell“, obwohl es im Deutschen Reich eine dezentrale Tradition gab. Auch wenn die Bemühungen des Reichsarbeitsministeriums an der Einführung der Zwangsarbeit scheiterten, fürchtete die Exilregierung die damit erzeugten Erwartungen und arbeitete fieberhaft an Reformprojekten für die Nachkriegsordnung Belgiens.

DANIEL HEDINGER (München) lenkte den Blick von Europa weg und hin auf die Achsenmacht Japan. Er setzte sich mit den sozialpolitischen Wechselwirkungen zwischen Japan und dem nationalsozialistischen Deutschen Reich auseinander. Dabei gab er vorangehend zu bedenken, dass das Reaktionsrepertoire auf die Weltwirtschaftskrise begrenzt gewesen sei und nicht überall Transfers erfolgten. Jedoch regte er an, Lesarten der mit dem Dreimächteabkommen gefestigten Achse Berlin-Rom-Tokio als „kraftlose, internationale Grimasse“⁵ zu überdenken.

Dies verdeutlichte er an einem kurzen Abriss der Sozialgeschichte der Achse. Dabei macht er drei Zäsuren aus: Mit der Machtübertragung 1933 stieg das japanische Interesse an den sozialpolitischen Entwicklungen im Deutschen Reich. Ohnehin existierte in den japanischen Beziehungen mit Italien unter Benito Mussolini die Tendenz eines „Universalismus“ des Faschismus. Die Präsenz des Nationalsozialismus nahm vor allem 1938 stark zu: Die Achse Berlin-Rom-Italien war mit der Antikomintern geschlossen und wurde nun propagandistisch gefüllt. Dies geschah laut Daniel Hedinger mit Themen wie der Arbeitspolitik als „Achse der Arbeit“. Ein Produkt davon waren beispielsweise die Pläne für einen KdF-Austausch.

Mit dem Kriegsverlauf weg vom sogenannten Blitzkrieg schwenkte die Achsen-

2013/prof-kott.pdf?__blob=publicationFile (18.3.2016).

⁵Theo Sommer, Deutschland und Japan zwischen den Mächten 1935–1940, Tübingen 1962, S. 2.

Propaganda auf den „totalen Krieg“. Der Nationalsozialismus blieb dazu in Japan präsent. Daniel Hedinger zeigte mithilfe von propagandistischem Material, wie wechselseitige Propagandaaktivitäten darauf gerichtet waren, für die „Arbeitsfront“ zu mobilisieren. In derartigen Anstrengungen für die Rüstungsproduktion lag aus Sicht des Referenten bereits eine Grundlage für das hohe japanische Wirtschaftswachstum der Nachkriegszeit. Er arbeitete heraus, dass die Achse nicht nur als Scheinbündnis fungierte, sondern die militärische Schwäche des Bündnisses mit anderen Bereichen – wie der Sozialpolitik – ausgeglichen wurde.

Die anschließende Diskussion drehte sich vorwiegend um fünf Punkte: Als erstes wies Rüdiger Hachtmann auf die Wahrnehmungsproblematik hin. Das rezipierte „deutsche Modell“ war nicht mit dem NS-Modell identisch. Daran hing auch die Frage, wie stark Rassismus präsent war. Mit dem Blick auf das NS-Konzept der „Betriebsgemeinschaft“ regte Michael Wildt danach an, den Umgang mit der Koalitionsfreiheit und den Gewerkschaften in den besetzten Gebieten in diesem Forschungsfeld zu vertiefen.

Zum Dritten kam die ILO noch einmal aufs Tableau: Die Bestrebungen des Reichsarbeitsministeriums – im Gegensatz zur DAF – in der ILO zu bleiben, wurden stark gemacht und dabei die personellen Netzwerke betont. Entgegen des ILO-Grundgedankens habe sich der Nationalismus nach der Krise des Liberalismus und der Weltwirtschaftskrise radikalisiert, wie Alexander Nützenadel hervorhob. Er lenkte die Aufmerksamkeit auf das Paradox der nationalen Schließungen im globalen Raum, die die Handlungsspielräume und Transfers im Krieg beförderten. Als letzter Diskussionspunkt floss die kriegsrelevante Rolle der „social security“ ein, die an den Anstrengungen um das Beveridge-Gegenmodell zum Nationalsozialismus 1944/45 abzulesen sei. Das „Deutsche Modell“ war hingegen für die Nachkriegszeit diskreditiert. Hier wurden wieder Einflüsse sichtbar, die die Sozialsysteme der Nachkriegszeit geprägt haben.

Die Konferenz analysierte die Rolle des Reichsarbeitsministeriums als Propaganda- und Herrschaftsinstrument und vertiefte diese Analyse anhand der Beispiele Belgiens

und Japans. Dabei zeigte sich das hohe symbolische Gewicht der Sozialpolitik auf internationaler Ebene. Die Referent/innen konnten gerade für Studien zu den besetzten Gebieten neue Forschungsansätze aufzeigen. Darüber hinaus lieferte das Beispiel Japan neue Fragen zu transnationalen Transferprozessen. Wie die Tagung verdeutlichte, sind durch das Projekt zur Geschichte des Reichsarbeitsministeriums zahlreiche Vergleiche möglich geworden, die durch die herausgearbeitete Schnittstellenfunktion des Reichsarbeitsministeriums zueinander in Beziehung gesetzt werden können. Zugleich demonstrierte die Konferenz, wie sich überblicksartige Darstellungen und konkrete Fallbeispiele produktiv verbinden lassen.

Konferenzübersicht:

Begrüßung

Sandrine Kott (Genf) / Kiran Klaus Patel (Maastricht): Aushängeschild für das „Dritte Reich“? Die Sozialpolitik des Nationalsozialismus in internationaler Perspektive

Kenneth Bertram (Brüssel) / Sabine Rudishauser (Brüssel): Belgien: „Neue soziale Ordnung“ und Besatzungsherrschaft

Daniel Hedinger (München): Japan: Deutschland als Vorbild?

Abschlussdiskussion

Tagungsbericht *Das Reichsarbeitsministerium als globales Propaganda- und Herrschaftsinstrument*. 17.03.2016, Berlin, in: H-Soz-Kult 02.11.2016.